

Stand: 08.02.2026 21:36:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14096

"Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2015"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/14096 vom 09.11.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17208 des HA vom 31.05.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17326 vom 21.06.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 21.06.2017



Antrag

der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2015

Der Landtag wolle beschließen:

Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2015 und des Jahresberichts des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gem. Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Begründung:

Gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern in Verbindung mit Art. 114 BayHO wurde dem Landtag die Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2015 samt Anlagen übersandt*).

Die Haushaltsrechnung 2015 des Freistaates Bayern ist darüber hinaus ab sofort im Internet abrufbar unter <http://www.stmflh.bayern.de/haushalt/haushaltsrechnungen>.

Der Bayerische Oberste Rechnungshof, dem gleichzeitig Ausfertigungen der Haushaltsrechnungen übersandt wurden, legt gemäß Art. 114 Abs. 1 BayHO seinen Bericht über die Rechnungsprüfung (Art. 97 BayHO) und seine Einzelrechnung dem Landtag unmittelbar vor.

Im Abschlussbericht*^{*)} zur Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2015 wurde eine ausführliche Darstellung über die staatliche Haushaltsführung gegeben.

Der nach Art. 3a Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung vorzulegende Bericht über die Zugehörigkeit von Mitgliedern der Staatsregierung zu Organen privater Erwerbsgesellschaften im Jahr 2015 wurde dem Landtag ebenfalls vorgelegt*).

*) Von einem Abdruck wurde Abstand genommen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

Antrag der Staatsregierung
Drs. 17/14096

**Entlastung der Staatsregierung aufgrund der
Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für
das Haushaltsjahr 2015**

I. Beschlussempfehlung:

1. Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2015 und des Jahresberichts 2017 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2015 Entlastung erteilt.
 2. Die Staatsregierung wird gem. Art. 114 Abs. 3 und 4 der BayHO ersucht,
 - a) sicherzustellen, dass die Barrierefreiheit der Münchner S-Bahn durch sorgfältige Planung verbessert wird, indem bauliche Maßnahmen und geeignete technische Lösungen geprüft werden inwieweit bei den Schienenfahrzeugen diese enger aufeinander abgestimmt werden können und dass gerade bei Festbetragsförderungen im Zuwendungsverfahren die Notwendigkeit aller Maßnahmenteile sorgfältig geprüft und dokumentiert wird. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 27 des ORH-Berichts).
 - b) sicherzustellen, dass das Universitätsklinikum Regensburg geeignete Maßnahmen ergreift, um die Wirtschaftlichkeit der zahnmedizinischen Kliniken zu verbessern. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2018 zu berichten (TNr. 28 des ORH-Berichts).
- c) die Qualität der Festsetzung von Versorgungsbezügen zu verbessern und eine wirksame Qualitätssicherung einzuführen. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 29 des ORH-Berichts).
 - d) im Hinblick auf die Anrechnung von Renten auf die Versorgungsbezüge den Abgleich von Daten mit allen Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung regelmäßig alle drei Jahre durchzuführen. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 30 des ORH-Berichts).
 - e) die vom Bayerischen Obersten Rechnungshof vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Veranlagung beschränkt Steuerpflichtiger zügig umzusetzen. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 31 des ORH-Berichts).
 - f) sicherzustellen, dass geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bearbeitungsqualität bei Steuerfällen mit dauerhaften Verlusten zeitnah umgesetzt werden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 32 des ORH-Berichts).
 - g) sicherzustellen, dass die Mängel bei der Körperschaftsteuererlegung behoben und die Zerlegungen künftig korrekt, vollständig und zeitnah durchgeführt werden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 33 des ORH-Berichts).
 - h) sicherzustellen, dass geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der umfassenden Auswertung von Selbstanzeigen zeitnah umgesetzt werden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 34 des ORH-Berichts).
 - i) konkrete und überprüfbare Ziele für Förderungen festzulegen. Diese sind regelmäßig zu evaluieren. (TNr. 37 des ORH-Berichts).

- j) aus LEADER-Mitteln künftig nur dauerhafte und nachhaltige Museumsprojekte zu fördern und dazu geeignete Zielindikatoren, sowie realistische Besucherzahlen und Kosten zugrunde zu legen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 38 des ORH-Berichts).
- k) beim Schadensausgleich die Eigenvorsorge in den Vordergrund zu stellen und unter Berücksichtigung des Kabinettsbeschlusses vom 28. März 2017 in der Land- und Forstwirtschaft Ausnahmeregelungen für die Entschädigung versicherbarer Schäden nur noch bis zum 1. Juli 2019 zuzulassen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 39 des ORH-Berichts).
- l) ein korrektes Förderverfahren für die ergänzende bayerische Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres sicherzustellen und darzulegen, wie Fälle der Überfinanzierung vermieden werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 40 des ORH-Berichts).
- m) sicherzustellen, dass Nachträge rechtzeitig erstellt und dem Haushaltsausschuss des Landtags vorgelegt werden und insbesondere bei Maßnahmen mit Kostendeckeln der Haushaltsausschuss frühzeitig informiert wird, wenn Mehrkosten erkennbar werden.
Dem Landtag ist bis 31.07.2017 dazu und zu den bis dahin angefallenen Gesamtkosten im Zusammenhang mit dem „Haus der Berge“ zu berichten (TNr. 41 des ORH-Berichts).
- n) die vertraglichen Kontrollrechte gegenüber der Landesstelle Glücksspielsucht zu stärken und auszuüben, sowie ein Prüfungsrecht für den ORH vertraglich vorzusehen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 42 des ORH-Berichts).
3. Der Landtag stellt gemäß Art. 114 Abs. 2 BayHO fest, dass der für Neubau und Ausstattung des „Hauses der Berge“ geltende Kostendeckel nicht eingehalten wurde.
(TNr. 41 des ORH-Berichts).

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

Hans Herold
Harald Güller

Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 157. Sitzung am 31. Mai 2017 beraten. Der Staatsregierung wurde mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
Entlastung erteilt.

Die Ersuchen in Nummer 2 a – f, h, j und n der Beschlussempfehlung wurden einstimmig beschlossen.

Das Ersuchen in 2 g wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
beschlossen.

Das Ersuchen in 2 i wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
beschlossen.

Das Ersuchen in 2 k wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
beschlossen.

Das Ersuchen in 2 l wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
beschlossen.

Das Ersuchen in 2 m und Nummer 3 der Beschlussempfehlung wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: kein Votum
B90/GRÜ: Ablehnung
beschlossen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Staatsregierung

Drs. 17/14096, 17/17208

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2015

1. Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2015 und des Jahresberichts 2017 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2015 Entlastung erteilt.
2. Die Staatsregierung wird gem. Art. 114 Abs. 3 und 4 der BayHO ersucht,
 - a) sicherzustellen, dass die Barrierefreiheit der Münchner S-Bahn durch sorgfältige Planung verbessert wird, indem bauliche Maßnahmen und geeignete technische Lösungen geprüft werden inwieweit bei den Schienenfahrzeugen diese enger aufeinander abgestimmt werden können und dass gerade bei Festbetragsförderungen im Zuwendungsverfahren die Notwendigkeit aller Maßnahmenteile sorgfältig geprüft und dokumentiert wird.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 27 des ORH-Berichts).
 - b) sicherzustellen, dass das Universitätsklinikum Regensburg geeignete Maßnahmen ergreift, um die Wirtschaftlichkeit der zahnmedizinischen Kliniken zu verbessern.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2018 zu berichten (TNr. 28 des ORH-Berichts).
 - c) die Qualität der Festsetzung von Versorgungsbezügen zu verbessern und eine wirksame Qualitätssicherung einzuführen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 29 des ORH-Berichts).
 - d) im Hinblick auf die Anrechnung von Renten auf die Versorgungsbezüge den Abgleich von Daten mit allen Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung regelmäßig alle drei Jahre durchzuführen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 30 des ORH-Berichts).
 - e) die vom Bayerischen Obersten Rechnungshof vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Veranlagung beschränkt Steuerpflichtiger zügig umzusetzen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 31 des ORH-Berichts).
 - f) sicherzustellen, dass geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bearbeitungsqualität bei Steuerfällen mit dauerhaften Verlusten zeitnah umgesetzt werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 32 des ORH-Berichts).
 - g) sicherzustellen, dass die Mängel bei der Körperschaftsteuerzerlegung behoben und die Zerlegungen künftig korrekt, vollständig und zeitnah durchgeführt werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 33 des ORH-Berichts).
 - h) sicherzustellen, dass geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der umfassenden Auswertung von Selbstanzeigen zeitnah umgesetzt werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 34 des ORH-Berichts).
 - i) konkrete und überprüfbare Ziele für Förderungen festzulegen. Diese sind regelmäßig zu evaluieren. (TNr. 37 des ORH-Berichts).
 - j) aus LEADER-Mitteln künftig nur dauerhafte und nachhaltige Museumsprojekte zu fördern und dazu geeignete Zielindikatoren, sowie realistische Besucherzahlen und Kosten zugrunde zu legen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 38 des ORH-Berichts).
 - k) beim Schadensausgleich die Eigenvorsorge in den Vordergrund zu stellen und unter Berücksichtigung des Kabinettsbeschlusses vom 28. März 2017 in der Land- und Forstwirtschaft Ausnahmeregelungen für die Entschädigung versicherbarer Schäden nur noch bis zum 1. Juli 2019 zuzulassen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 39 des ORH-Berichts).

- l) ein korrektes Förderverfahren für die ergänzende bayerische Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres sicherzustellen und darzulegen, wie Fälle der Überfinanzierung vermieden werden.

Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 40 des ORH-Berichts).

- m) sicherzustellen, dass Nachträge rechtzeitig erstellt und dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgelegt werden und insbesondere bei Maßnahmen mit Kostendeckeln der Ausschuss frühzeitig informiert wird, wenn Mehrkosten erkennbar werden.

Dem Landtag ist bis 31.07.2017 dazu und zu den bis dahin angefallenen Gesamtkosten im Zusammenhang mit dem „Haus der Berge“ zu berichten (TNr. 41 des ORH-Berichts).

- n) die vertraglichen Kontrollrechte gegenüber der Landesstelle Glücksspielsucht zu stärken und auszuüben, sowie ein Prüfungsrecht für den Bayerischen Obersten Rechnungshof vertraglich vorzusehen.

Dem Landtag ist bis zum 30.11.2017 zu berichten (TNr. 42 des ORH-Berichts).

3. Der Landtag stellt gemäß Art. 114 Abs. 2 BayHO fest, dass der für Neubau und Ausstattung des „Hauses der Berge“ geltende Kostendeckel nicht eingehalten wurde.
(TNr. 41 des ORH-Berichts).

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Hans Herold

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Harald Güller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Claudia Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt, zur gemeinsamen Beratung der **Tagesordnungspunkte 4 und 5:**

Antrag der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2015 (Drs. 17/14096)

und

**Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs
auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2015 für den Einzelplan 11 (Drs. 17/14916)**

Ich begrüße dazu recht herzlich die Vizepräsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Frau Susanne Frank, auf der Ehrentribüne.

Jetzt eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 48 Minuten vereinbart. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Herold von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bemühe mich, die gute Arbeit der Staatsregierung innerhalb von maximal 16 Minuten darzustellen. Zunächst sage ich natürlich auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön an den Obersten Rechnungshof – ich sehe oben auf der Besuchertribüne die Vizepräsidentin, Frau Susanne Frank –, ein Dankeschön für Ihre wichtige Arbeit und natürlich auch ein Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Obersten Rechnungshofs.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Jahresberichte des ORH sind immer wieder eine wichtige Grundlage für die Kontrolle des Haushaltsvollzugs der Staatsregierung. Ich beginne gleich mit der wichtigsten Feststellung des ORH-Berichtes. Er bescheinigt nämlich, dass Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2015 ins-

gesamt geordnet waren. Der Bericht macht auch sehr deutlich, dass die Staatsregierung erneut hervorragend gewirtschaftet hat. Deswegen gilt mein Dank insbesondere unserem Finanzminister Dr. Markus Söder, aber auch allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre hervorragende Arbeit. Ein herzlicher Dank dafür.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage mit Stolz: Bayern steht nach wie vor sehr gut da. Renommierete Ratingagenturen haben kürzlich wieder die Bestnote für die Finanzen des Freistaates Bayern vergeben. Aufgrund des ORH-Berichtes hat unser Finanzminister Markus Söder gegenüber der Presse im April 2017 folgende Aussage gemacht: Bayern ist auf die großen finanziellen Herausforderungen in der Zukunft gut vorbereitet. Weiter sagte er: Klar ist aber auch, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen und dass für überzogene Ausgabewünsche kein Spielraum vorhanden ist. Die gleiche Botschaft lese ich auch immer wieder in den Berichten des Obersten Rechnungshofs.

In Diskussionen, zum Beispiel im Haushaltsausschuss, stelle ich immer gerne Vergleiche zwischen dem Freistaat Bayern und anderen Bundesländern an.

(Zurufe der Abgeordneten Harald Güller (SPD) und Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

– Ich weiß, lieber Herr Kollege Güller, solche Vergleiche gefallen der Opposition nicht. Aber ich sage aus tiefster Überzeugung: Vergleiche haben nichts mit Eigenlob zu tun. Nein, sie haben etwas mit der Realität und mit der Wahrheit zu tun. Ich sage auch ganz bewusst: Die Menschen in unserem Lande haben ein Anrecht darauf, zu wissen, wie es bei uns im Freistaat Bayern und in anderen Bundesländern aussieht.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ausdrücklich betonen: Die Vergleiche zeigen, dass Bayern das Land mit den solidesten Staatsfinanzen ist und bleibt. Hier verweise ich ebenfalls auf den ORH-Bericht.

Zum Vergleich ziehe ich immer wieder insbesondere die Zinsausgabenquote heran. Hier liegt der Freistaat Bayern bei 1,4 %. Ich bin dem Kollegen Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN dankbar, dass er auch immer wieder ganz fair darauf hinweist, dass hier der Freistaat Bayern im Vergleich mit anderen Bundesländern wirklich sehr, sehr gut dasteht. Andere westliche Flächenländer legen andere Zahlen vor, nämlich eine Zinsausgabenquote von 4,1 %. Auch auf die Pro-Kopf-Verschuldung möchte ich hinweisen. Wir haben eine Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 2.256 Euro. Das ist im bundesweiten Vergleich der mit Abstand niedrigste Wert. Der Durchschnitt bei den anderen westlichen Flächenländern beläuft sich auf immerhin 8.637 Euro. Das heißt, er ist dreimal so hoch wie im Freistaat Bayern. Im Folgenden ein Vergleich zwischen dem Freistaat Bayern und Nordrhein-Westfalen, wo sich die Situation aufgrund einer neuen Staatsregierung hoffentlich bald verändern wird: Bayern hat eine Gesamtverschuldung in Höhe von circa 20 Milliarden Euro, Nordrhein-Westfalen dagegen in Höhe von insgesamt circa 180 bis 200 Milliarden Euro.

Entscheidende Punkte für den Obersten Rechnungshof sind natürlich immer wieder der Schuldenabbau und eine solide Finanzpolitik. Darin wird mir Frau Frank sicherlich zustimmen.

Ich sage ein bisschen mit Stolz – auch als Kommunalpolitiker –: Seit über zwölf Jahren legt die Bayerische Staatsregierung einen ausgeglichenen Haushalt vor. Dies ist in Deutschland sicherlich einmalig. Ich glaube nicht, dass meine Nachredner von der Opposition, Herr Güller oder andere Kolleginnen und Kollegen, ein anderes Bundesland nennen können, das das auch geschafft hat. Ich sage aber auch, dass es nicht immer leicht war, einen schuldenfreien Haushalt aufzustellen. Aber auch in Zeiten, in denen die Steuereinnahmen deutlich niedriger waren, haben wir als Mehrheitsfraktion und die Staatsregierung den Pfad der Nachhaltigkeit nicht verlassen. Was Bayern seit nun über zwölf Jahren macht und der ORH in seinen Berichten immer wieder lobend erwähnt, ist für den Bund und vor allem die anderen Bundesländer zum Vorbild geworden.

Ich möchte auch zum Schuldenabbau bis zum Jahre 2030 einige Worte sagen. Diese Forderung enthält auch der Bericht des ORH. In dessen Bericht heißt es: Ziel: Schuldenabbau bis 2030; Erfordernis: Begrenzung der Ausgabensteigerung für künftig aufzustellende Haushalte und zugleich weiterhin Einplanung von Schuldentilgungen. In dem Bericht fordert der ORH ferner, dass Rückzahlungen der BayernLB zur Schuldentilgung verwendet werden sollten. Ich bin als Mitglied der Mehrheitsfraktion stolz darauf, dass wir in den Jahren 2012 bis 2016 bereits rund 3,6 Milliarden Euro – 3,6 Milliarden Euro! – Altschulden getilgt haben. Im Doppelhaushalt 2017/2018 haben wir eine weitere Tilgung in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro – Stichwort Stabilisierungsfonds BayernLB – veranschlagt. Das heißt konkret, dass wir am Ziel "Schuldenabbau bis zum Jahre 2030" festhalten werden. Natürlich ist es auch Fazit des ORH, dass das Ziel, bis 2030 die Schulden abzubauen, nur mit Ausgabendisziplin und Schuldentilgung erreicht werden kann. Ich möchte ausdrücklich betonen: Dieses Ziel verfolgt auch die Bayerische Staatsregierung in vorbildlicher Art und Weise.

Weiteres Anliegen dieses Prüfungsberichts des ORH ist es, dass die Rückzahlungen der BayernLB zur Schuldentilgung verwendet werden, also zugunsten des Stabilisierungsfonds eingesetzt werden. Von den bislang zurückgezahlten 2 Milliarden Euro wurden 550 Millionen Euro im Jahr 2016 zur Tilgung verwendet. Das heißt konkret, dass wir dieser Forderung auch im Nachtragshaushalt 2016 ein Stück weit Rechnung getragen haben. Sie wissen auch – insbesondere die Haushaltspolitiker –, dass im Doppelhaushalt 2017/2018 weitere Tilgungen in Höhe von einer Milliarde Euro veranschlagt sind.

Ich habe mich heute über die Aussagen unseres Finanzministers Dr. Markus Söder bei der Pressekonferenz zum Thema BayernLB sehr gefreut; denn es ist vor allem ihm, aber auch uns die Beendigung des EU-Beihilfeverfahrens gelungen. Das heißt konkret – so lese ich es heraus –, dass wir damit einen weiteren Spielraum von ungefähr einer Milliarde Euro bekommen, den wir möglicherweise zur weiteren Schuldentilgung verwenden können. Ich sage mit etwas Stolz, dass sich unsere Bayerische Lan-

desbank sehr gut und sehr positiv entwickelt hat; denn es gibt auch negative Beispiele, etwa die WestLB oder die NordLB. Deswegen ein herzliches Dankeschön an den Finanzminister Dr. Markus Söder für diese wirklich grandiose Arbeit, die vor allem bei der BayernLB geleistet wurde. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Als weiteren Punkt, der positiv zu bewerten ist, nachdem er in diesem Prüfungsbericht nicht explizit aufgeführt wurde, möchte ich die Personalsituation der Finanz- und Steuerverwaltung nennen, die vor allen Dingen von den Kolleginnen und Kollegen der Opposition immer wieder sehr heftig kritisiert wird. Aber man muss ehrlicherweise anerkennen: Finanzminister Dr. Markus Söder hat zur Verbesserung der Personalsituation an den bayerischen Finanzämtern enorm viele Maßnahmen ergriffen. Seit dem Jahr 2009 wurden an den bayerischen Finanzämtern fast 2.800 neue Stellen geschaffen.

Lieber Herr Kollege Ganserer – er ist nicht mehr anwesend –, man sollte sich ein bisschen besser informieren, bevor man hier im Plenum solche Aussagen macht. Derzeit haben wir 2.400 Beamtenanwärter an unseren Finanzschulen, zum Beispiel in Ansbach, oder an den Finanzhochschulen in Herrsching und Kaufbeuren. Hier werden die Beamtenanwärter bestens ausgebildet. Das macht deutlich, dass wir auf diesem Gebiet bestens aufgestellt sind. Damit schaffen wir es nicht nur, alte Stellen zu besetzen, sondern an unseren Finanzämtern die Stellensituation deutlich zu verbessern. Wir haben also mehr Personal eingestellt und, da das Thema Steuergerechtigkeit immer wieder angesprochen wird, stelle ich fest: Wir haben im Bereich der Steuerfahndung eine Erhöhung von circa 21 % zu verzeichnen. Vom Finanzminister wurden insbesondere zur Herstellung von Steuergerechtigkeit quasi Sonderkommissionen, sogenannte FBIs, eingerichtet.

Ich will mich auch bei unseren tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Finanzämtern und bei der Steuerverwaltung ganz herzlich bedanken; denn sie erbringen

bundesweit immer wieder die besten Zahlen. Dafür gebühren ihnen eine große Anerkennung und ein herzliches Dankeschön.

Die ORH-Berichte, aber auch die Doppelhaushalte 2015/2016 und 2017/2018 sind, wie Sie alle wissen, stark geprägt durch die hohen Asyl- und Integrationskosten. Ich will an dieser Stelle deutlich hervorheben, dass Bayern in diesen Jahren fast 9 Milliarden Euro – 9 Milliarden Euro! – zur Bewältigung dieser großen Aufgabe ausgibt. Trotz dieser Belastung und trotz der hohen Belastungen durch den Länderfinanzausgleich, den ich auch noch kurz ansprechen möchte, schaffen wir es, weiterhin keine Neuverschuldung vornehmen zu müssen, sondern am Schuldenabbau festzuhalten. Dies gelingt nur im Freistaat Bayern. Nur als Vergleich: Allein im Jahr 2016 waren die Ausgaben für Asyl höher als die Etats der Ministerien für Wirtschaft, Umwelt und Gesundheit zusammen.

Auch zu den Themen "Länderfinanzausgleich" und "Keine Neuverschuldung" möchte ich noch ein paar Worte sagen. Sie wissen alle, dass der Länderfinanzausgleich im Haushalt des Freistaats Bayern mit derzeit über sechs Milliarden Euro jährlich den größten Einzelposten darstellt. Schaut man sich die Entwicklung des Länderfinanzausgleichs an, wird die gute wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat Bayern deutlich. Der Anteil des Freistaats Bayern am Länderfinanzausgleich betrug im Jahr 2008 noch 35,4 %. Im Jahr 2015 hat sich dieser Anteil jedoch auf 56,8 % erhöht; Tendenz: steigend. Deswegen bin ich unserem Finanzminister, aber auch unserem Ministerpräsidenten sehr, sehr dankbar, dass es ihnen gelungen ist, beim Länderfinanzausgleich eine Veränderung zu erreichen. Ich gehe davon aus, dass wir ab dem Jahr 2020 circa 1,3 Milliarden Euro weniger in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen. Deswegen an Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Dr. Markus Söder ein herzliches Dankeschön! Um Ihnen die Dimension vor allem beim Länderfinanzausgleich deutlich zu machen – auch das wurde im ORH-Bericht aufgeführt –: Wir hatten im Jahr 2015 allein beim Länderfinanzausgleich außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 434 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der weitgehenden Umsetzung der Anregungen des Obersten Rechnungshofes wollen wir auch künftig gewährleisten, dass die gute und erfolgreiche bayerische Haushaltsführung weiter verbessert wird und der Freistaat Bayern auch künftig über solide Finanzen verfügt. Meine Fraktion wird daher der Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Jahr 2015 mit großer Überzeugung zustimmen – ich hoffe natürlich auch auf die Kollegen der FREIEN WÄHLER, die sich zur Finanzsituation des Freistaats Bayern auch schon positiv geäußert haben.

Abschließend möchte ich auf den Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf Entlastung aufgrund des Beitrages zur Haushaltsrechnung 2015 für den Einzelplan 11 verweisen. Ich darf Sie um Zustimmung zum Antrag des Obersten Rechnungshofes bitten. Er wurde im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen am 31. Mai 2017 behandelt und dem Landtag auch einstimmig zur Zustimmung empfohlen.

Soviel in aller Kürze von meiner Seite. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit dem Thema der Entlastung des Obersten Rechnungshofes für das Haushaltsjahr 2015 beginnen. An dieser Stelle wird meine Fraktion, die SPD-Fraktion, gerne zustimmen. Diese Zustimmung ist verbunden mit einem Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den Sie, Frau Vizepräsidentin Frank, stellvertretend entgegennehmen und sicherlich weitergeben. Was der ORH mit seinen Prüfberichten, Sonderprüfungen und den Berichten an den Bayerischen Landtag leistet, ist, glaube ich, wirklich gut, um nicht zu sagen: mit der Tendenz "hervorragend".

Ich komme zur Entlastung der Staatsregierung für das Haushaltsjahr 2015. Hier kann und wird es, Kolleginnen und Kollegen, vonseiten der SPD-Fraktion keine Zustimmung geben. Eine Zustimmung wäre das falsche Zeichen. Eine Zustimmung würde, so wie es Kollege Herold schon angedeutet und suggeriert hat, von Ihnen nur so ausgelegt werden, als wäre in diesem Staatshaushalt alles in Ordnung. – Nein, das ist es nicht.

Schauen wir uns den Staatshaushalt insgesamt, auch den für das Jahr 2015, an: Unzureichende Investitionsquoten, zu wenig Geld für Sanierung von Straßen und Brücken, zu wenig Gelder für staatliche Bauten, zu wenig Zuschüsse zur Sanierung von Schulen und vor allem zu wenig Anschub für einen Wohnungsbau, bei dem sich auch Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen Mietwohnungen leisten können. Hinzu kommt die unzureichende Unterstützung vieler sozialer Einrichtungen: eine unzureichende Finanzierung von Kitas, eine unzureichende Finanzierung der Schuldnerberatungen, von Frauenhäusern, von Suchtprävention und von Drogenhilfe. Diese Liste ließe sich – leider – relativ lange fortsetzen.

Vieles wird von Ihnen bei der Haushaltsaufstellung und -beratung – auch im Haushalt 2015 war das so der Fall – auf die lange Bank geschoben. Sie gefährden mit solchen Haushalten die Zukunftsfähigkeit Bayerns für die kommenden 10 oder 15 Jahre.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, keine Zustimmung zur Entlastung! Diese Fehler sind nämlich in den betreffenden Haushalt gegossen. Dazu kann es keine Zustimmung geben.

Wie Sie von der CSU den Bericht des ORH behandeln und werten, hat die vorhergehende Rede und auch Ihr Beifall zu den einzelnen Passagen gezeigt. Sie wälzen sich geradezu in Selbstgefälligkeit.

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

– Dazu kommen wir gleich, Herr Kollege; nur nicht zu früh lächeln. Sie wälzen sich in Vergleichen zu anderen Bundesländern,

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

statt darauf zu achten, was wir in Bayern besser machen könnten oder was uns der ORH ins Stammbuch schreibt, was nicht funktioniert und was falsch gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne Ihnen drei Beispiele.

Beispiel Nummer 1: Thema Finanzministerium. Herr Kollege, ich schätze Sie sehr. Lieber Hans, da hat es dir die Optik aber doch gehörig verzogen, wenn du sagst, dass der ORH mit dem Finanzministerium zufrieden ist. Wir haben im letzten Jahr 17 Prüfungsvermerke gehabt; davon betreffen 8 das Finanzministerium. 8 von 17 Prüfungsvermerken wurden allein zum Finanzministerium erstellt.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Etwas zieht sich wie ein roter Faden durch: Mängel im Steuervollzug. Diese Mängel im Steuervollzug sind auf zu wenig Personal zurückzuführen, auf Personal, das zu wenig geschult und fortgebildet wird, und teilweise auf organisatorische Mängel.

Dies ist der 20. ORH-Bericht – ein trauriges Jubiläum – in Folge, der diese Mängel im Finanzministerium aufzeigt. Dies ist – so fair muss man sein; aber auch das ist ein schlechtes Jubiläum – der 5. Bericht zu einem Haushalt, für den Sie, Herr Söder, die Verantwortung tragen, in dem diese Mängel ebenfalls genannt sind. Also Jubiläum 20 und 5. Sie vonseiten der CSU sollten an dieser Stelle doch etwas mehr dazu sagen, wie Sie diese Mängel abstellen wollen, statt nur selbstgerecht auf andere Bundesländer zu verweisen.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel Nummer 2. Schauen Sie einmal in den ORH-Bericht zum Thema Fördermittel-Controlling des Wirtschaftsministeriums. Dort ist eine wuchtige Feststellung des ORH zu finden. Der Einsatz staatlicher Haushaltsmittel ist wenig transparent; konkrete Ziele werden kaum definiert, Erfolgskontrollen häufig nicht oder nur ansatzweise durchgeführt. Wir sprechen dabei von Programmen in Höhe von 2,6 Milliarden Euro – 2.600 Millionen Euro –, die allein in den Jahren 2009 bis 2013 verausgabt wurden.

Zu den Prüfungen in den Einzelbereichen. Bei den Projektförderungen haben Sie bei 68 % der geförderten Projekte keine Erfolgskontrolle, bei institutionellen Förderungen bei 48 % der Projekte keine Erfolgskontrolle vorgenommen, ich betone: keinerlei Erfolgskontrolle. Herr Kollege, wenn Sie darauf als Parlament, als CSU-Fraktion nicht auch wuchtig antworten wollen, und zwar mit glasklaren Änderungen in der Zuständigkeit, vielleicht auch in der personellen Zuständigkeit des Ministeriums, und der Entlastung einfach zustimmen, dann ist das Ihre Sache. Unser Weg eines verantwortungsvollen Umgangs mit dem Staatshaushalt ist das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zum dritten Beispiel: der Abwicklung von Bauvorhaben. Nehmen wir das, was dieses Mal im Bericht des Obersten Rechnungshofes steht: Haus der Berge. Eine Deckelung der Kosten hat stattgefunden. Der Gesetzgeber, das Parlament, hat den Betrag auf 19 Millionen Euro gedeckelt. Den Ausführenden in der OBB ist dies völlig egal, schnurzipieegal. Jetzt wurden 22,7 Millionen Euro und damit 19,4 % mehr ausgegeben. Die einzige Folge, die das für Sie im Ausschuss hat, ist: Der Zeigefinger wird leicht erhoben, und es wird gesagt: Du, du, das macht ihr doch bitte schön nicht mehr.

Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere daran, was in den letzten Monaten in diesem Ausschuss abgelaufen ist. Ich erinnere an die gestrige Debatte zum Thema Obersalzberg, zum Thema McGraw-Kaserne in München, zur Sanierung der Gebäude am Karolinenplatz, zum Amerikahaus, und ich erinnere an das, was bisher beim Gärtner-

platztheater an Kostensteigerungen abgelaufen ist und was uns dort noch ins Haus steht. Hier kann man von einer geordneten Verwaltung auch nicht mehr ansatzweise sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, hier muss massiv eingegriffen werden, ein leicht erhobener Zeigefinger genügt nicht. Da reicht es nicht, wenn der Minister, in diesem Fall der Innen- und Bauminister, dazu etwas sagt. Da reicht es nicht aus, wenn der Herr Ministerpräsident Seehofer durchs Haus schleicht, überall seine Presseerklärungen abgibt und hier und dort mit jemandem dechambriert. – Nein, es ist seine Aufgabe, sich darum zu kümmern, dass auch in der OBB, auch bei der Bauverwaltung, eine ordentliche Verwaltung herrscht. Wir erwarten als SPD, dass hier in den nächsten Monaten ganz massiv durchgegriffen wird. Wie wollen Sie sonst weitere Baugroßvorhaben in Bayern wie anstehende Sanierungen, etwa des Hauses der Kunst, oder zum Beispiel Neubauten wie das Konzerthaus in München auch nur annähernd innerhalb des Kostenrahmens durchbekommen, wenn Sie hier eine Verwaltung haben, der es völlig egal ist, welche Rahmenbedingungen von diesem Parlament und auch von Ihnen selber in der Vorlage darüber, wie viel ausgegeben wird, gesetzt werden? Umso ärgerlicher ist es, wenn ich andere Themen sehe, zum Beispiel das Thema Frauenhäuser. Simone, wie viele Millionen mehr haben wir gefordert? Es waren zwei oder drei Millionen Euro.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Doppelung!)

Das geben wir allein in einer Runde der Kostensteigerungen beim Obersalzberg aus. Dann ist es alternativlos. Wenn es aber darum geht, Geld zur Verbesserung der sozialen Situation von Frauen und Kindern auszugeben, sagen Sie, das passe nicht in die Gesamtkonzeption des bayerischen Haushalts.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der GRÜNEN und der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos))

Da muss man doch eingreifen, Kolleginnen und Kollegen. Ich sage, wir müssen an dieser Stelle die Systematik vielleicht komplett verändern. Vielleicht muss auch das eine oder andere Bauvorhaben von jemand anderem gemacht werden als von denjenigen, die permanent die Kosten überschreiten. Wir sind natürlich bereit zu sagen: Lasst uns Kosten indexieren, wenn die Baupreise steigen. – Aber es kann nicht sein, jemanden zuerst mit niedrigen Kosten zu ködern und dann zu sagen, wenn schon mit dem Bau begonnen worden ist: Die Blödel im Bayerischen Landtag werden es dann schon nicht stoppen. – Der Minister schweigt dazu. Der Ministerpräsident schweigt dazu. Ich glaube, das heute damit zu belohnen, dass Sie, wie Sie gesagt haben, mit Freude der Entlastung der Staatsregierung zustimmen, ist ein Hohn für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Hans Herold (CSU): Das habe ich nicht gesagt!)

Zusammenfassend bleibt bei alledem nur die Ablehnung der Haushaltsrechnung.

(Hans Herold (CSU): "Überzeugt" habe ich gesagt!)

Es bleibt nur, ganz klar festzustellen, dass man bereit sein muss, festgestellte Mängel zu beheben, und nicht den ORH hier verbal kurz zu loben, wie gut er es gemacht habe, dann aber zu sagen: Wir gehen wieder zur Tagesordnung über, machen einen kleinen Prüfvermerk, und das war es für uns. – Nein, hier müssen radikale Änderungen her. Hier muss eine andere Art der Aufstellung des Haushalts her. Was die SPD im investiven Bereich und im sozialen Bereich fordert, haben wir an dieser Stelle schon mehrfach vorgelegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen: Ablehnung der Entlastung.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Herold, es ist zweifellos zulässig, Vergleiche zu ziehen. Manchmal sind Vergleiche sinnvoll. Ich halte in diesem Fall, was die Verschuldung des Freistaats Bayern und die Finanzen des Freistaats anbetrifft, in der Tat einen Vergleich mit Nordrhein-Westfalen für zulässig. Nordrhein-Westfalen ist das größte Bundesland, Bayern das zweitgrößte. Ich denke – dieses Selbstbewusstsein dürfen wir alle in diesem Parlament haben –, dass es um die bayerischen Finanzen gut bestellt ist.

(Beifall des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Güller hat aber völlig recht, wenn er sagt, man dürfe sich nicht in Selbstgefälligkeit wälzen. Das Gute ist der Feind des Besseren. Man muss immer, auch wenn es gut läuft, selbstkritisch sein.

(Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Andersrum! Das Bessere ist der Feind des Guten!)

– Das mag bei euch in Kitzingen so sein. Der Bericht des Obersten Rechnungshofs zeigt deutlich auf, dass bei uns im Freistaat Bayern noch erheblicher Optimierungsbedarf besteht. Ich bedanke mich an dieser Stelle beim Obersten Rechnungshof, bei allen engagierten Mitarbeitern, die diesen Prüfbericht für uns erstellt haben und uns somit die Kontrolle der Staatsregierung ermöglichen. Deswegen ist es selbstverständlich, dass der Oberste Rechnungshof die Entlastung bekommt. Die Staatsregierung bekommt sie nicht, obwohl, wie ich gerade gesagt habe, die Finanzen grundsätzlich in Ordnung sind. Aber es gibt erhebliche Mängel, die der Oberste Rechnungshof festgestellt hat und die zum Teil auch der Ausschuss festgestellt hat. Wir haben gesagt: Nein, so können wir mit dem Geld des Freistaats nicht umgehen.

Fangen wir mit einem Punkt an, der heute Gegenstand einer großen Pressekonferenz war, der BayernLB. Ja, das Beihilfeverfahren ist beendet, und das ist sehr erfreulich.

(Hans Herold (CSU): Genau!)

Ja, daran hat Staatsminister Söder einen positiven Anteil. Daran hat der Vorstand der BayernLB seinen Anteil. Daran hat der Vorgänger von Herrn Söder, Staatsminister a.D. Fahrenschon, seinen Anteil. Und daran hat dieser Bayerische Landtag seinen Anteil, der auf Antrag der FREIEN WÄHLER eine Kontrollkommission eingesetzt hat, die Landesbank-Kontrollkommission, geleitet von Ernst Weidenbusch. Diese Kommission hat in den letzten Monaten des Jahres 2008, 2009 und auch 2010 und 2011 sehr intensiv gearbeitet und sehr viele gute Initiativen, Anregungen und Hilfestellungen gegeben, um die BayernLB aus dieser veritablen Krise zu begleiten. Aber man muss auch fragen: Wie konnte es dazu kommen, dass die BayernLB in diese Lage geriet? Staatsminister Söder – ich zitiere – sagt: Das war die größte wirtschaftspolitische Fehlleistung des Freistaats Bayern der Nachkriegsgeschichte. – Also können wir sagen: Es gibt keinen Freibrief für Experimente.

Ich komme zum nächsten Punkt. Es gibt erhebliche Defizite und Mängel im Bereich der Bauverwaltung. Das Haus der Berge mit der Überschreitung des Kostendeckels um 19,4 % ist nur ein Beispiel. Was wir gestern im Ausschuss beim Thema Obersalzberg erlebt haben, spottet jeder Beschreibung. Ich weiß nicht, wie es die Kollegen der CSU fertiggebracht haben, bei dieser erneuten Kostenüberschreitung wieder die Hand zu heben, nachdem wir vor sechs Wochen einen Deckel drauf gemacht hatten und Sie genauso heftig wie wir die Kostenüberschreitung und das Versagen der Obersten Baubehörde kritisiert haben.

(Hans Herold (CSU): Auch die SPD und die GRÜNEN!)

Darüber kann man nicht den Mantel des Schweigens ausbreiten. Das sind eklatante Fehlleistungen. Schon aus diesem Grund kann man der Staatsregierung die Entlastung nicht erteilen, solange solche Dinge an der Tagesordnung sind. Der Kostenrahmen wird nicht nur am Obersalzberg überschritten. Kollege Güller hat auch auf die McGraw-Kaserne hingewiesen, ein besonderes Ärgernis. Man könnte die Liste noch sehr lange fortsetzen. Sie wissen, um welche Bauvorhaben es geht. Hier muss man von systemischen Fehlern reden.

Die Investitionsquote im Freistaat Bayern ist zu niedrig. Auch das gehört zu einer Gesamtbetrachtung. Einerseits sagt man: Jawohl, wir haben geordnete Finanzen, wir haben eine niedrige Pro-Kopf-Verschuldung, die Tendenz geht in die richtige Richtung, es werden Schulden abgebaut. Aber man muss andererseits auch die unsichtbare Verschuldung, nämlich die nicht ausreichende Instandhaltung unserer Vermögensgüter, in Betracht ziehen. Wir haben gerade bei Staatsstraßen und öffentlichen Gebäuden sowie nicht zuletzt beim Thema Barrierefreiheit erhebliche Defizite, die wir aufarbeiten müssen. Der Ministerpräsident hat hier ein großes Wort gesprochen, als er versprochen hat, Bayern solle 2023 barrierefrei sein. Wir wünschen uns das alle, sind aber auch aufgerufen, das in die Tat umzusetzen. Das soll nicht ein bloßer Programmsatz bleiben. Wir sollten 2023 tatsächlich sagen können, dass wir diese Herkulesaufgabe gemeistert haben. Dafür muss mehr Geld in die Hand genommen werden.

(Hans Herold (CSU): Weiß ich!)

Dafür reicht unser Tempo nicht aus. Dieser Kritikpunkt muss hier angebracht werden.

Auch die ungerechte Verteilung der Geldmittel zwischen Freistaat und Kommunen muss angesprochen werden. Die Kommunen erhalten nach wie vor zu wenig aus dem allgemeinen Steuertopf. Wir fordern 15 %. Das benötigen die Kommunen, und das steht ihnen eigentlich auch zu, sofern der Freistaat seiner Treuhandaufgabe nachkommt, die Einnahmen aus den Gemeinschaftssteuern zu verteilen.

Lassen Sie mich einen Satz zum Länderfinanzausgleich sagen. Ja, der Länderfinanzausgleich ist ein großes Ärgernis. Wir haben bereits viele, viele Diskussionen geführt. Wir haben zwar eine Lösung, aber diese bleibt weit hinter dem zurück, was Staatsminister Söder, völlig zu Recht, gefordert hat. Ja, zwei Milliarden Euro weniger, das wäre es gewesen. Die Verhandlungen liefen schlechter. Jetzt wird der Minister sagen, wenn er federführend verhandelt hätte, wäre etwas Besseres herausgekommen. Vielleicht sagt er das auch nicht. Ich weiß es nicht.

(Lachen bei der CSU)

Jedenfalls ist das Ergebnis der Staatsregierung, das wir heute zu bewerten haben, nicht zufriedenstellend. Die Tatsache, dass wir die Aufgaben für die Bundesfernstraßen an eine Infrastrukturgesellschaft abgeben müssen und wir nicht mehr die 200 Millionen Euro erhalten, weil andere Länder ihren Investitionsaufgaben nicht nachkommen, ist kein großer Wurf der bayerischen Landespolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss möchte ich noch einen Bereich, der uns alle nachdenklich gestimmt hat, ansprechen. Ich meine die Kritik des Obersten Rechnungshofes am Fördermittel-Controlling im Wirtschaftsministerium. Klar ist: Wenn Fördermittel ausgereicht werden, müssen zunächst Ziele definiert, muss der Finanzbedarf ermittelt, dann gefördert und schließlich evaluiert werden. Was ist passiert? – Nichts ist passiert! Die Fördermittel wurden aus dem Bauch heraus verteilt. Es wurde nicht evaluiert, und selbst auf Nachfrage hat der Vertreter des Wirtschaftsministeriums keine Aussage darüber treffen können, ob die ausgereichten Fördermittel wirklich angekommen sind und ob damit etwas erreicht worden ist. Er wusste nicht, was wir erreichen wollten, da keine Ziele vorgegeben waren. Diese Vorgehensweise war ein Stück weit erschütternd.

Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass man in einem Ministerium, und dann noch in einem bayerischen Ministerium, derart mit Geld umgeht. Es gab weder Zielgenauigkeit noch eine klare Vorstellung davon, was man mit dem Geld überhaupt erreichen will. Aus den vorgetragenen Gründen können wir der Bayerischen Staatsregierung keine Entlastung erteilen, dem ORH dagegen schon.

(Hans Herold (CSU): Schade!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man der Debatte aufmerksam gelauscht

und den Bericht des Obersten Rechnungshofes gelesen hat, kann man die Sache in einem Satz zusammenfassen: Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich ein paar Zahlen anführen. Im Jahr 2015 sind die bereinigten Ausgaben um 3,3 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die Einnahmen um 4,3 % gestiegen. Das ist deutlich mehr, als selbst die Staatsregierung damals erwartet hatte. Das hat natürlich in erster Linie mit der wirtschaftlichen Stärke und der guten Lage des starken Landes Bayern zu tun.

An die Kollegen der CSU möchte ich Folgendes richten: Wenn Sie sich im Bericht die Steuereinnahmen anschauen, fällt auf, dass sich ausgerechnet die Erbschaftsteuer in den vergangenen Jahren gut entwickelt hat. Von 2014 bis 2016 gibt es hier ein Plus von 27 %. Die allgemeinen Steuereinnahmen sind während dieser Zeit um 13 % gestiegen. Eine willkürliche Absenkung oder Abschaffung der Erbschaftsteuer ist nicht nur steuer- und verteilungsungerecht, sondern auch für die bayerischen Staatsfinanzen durchaus fahrlässig.

Ich möchte kurz darauf eingehen, was mit diesen hohen Einnahmen gemacht worden ist. Es wurde noch nicht angesprochen, dass die Staatsregierung deutlich mehr geplant und angekündigt hatte, als sie tatsächlich umsetzen konnte. Die Folgen sind weiter steigende Haushaltsreste. Diese belaufen sich aktuell auf 5,3 Milliarden Euro, Stand 2016. Die Staatsregierung hortet das Geld, über das sie im laufenden Haushalt verfügen kann. Wir, die GRÜNEN, finden diesen Trend bedenklich.

Auch das nächste Thema, auf das ich ausführlich eingehen möchte, wurde schon mehrfach angesprochen. Aber es ist ein entscheidendes Thema, das hier diskutiert werden muss. Es ist ein Unding, dass die Vertreterin des zuständigen Wirtschaftsministeriums heute nicht anwesend ist.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE) – Peter Winter (CSU): Aber der Finanzminister ist da!)

Die zahllosen Förderprogramme und Fördermaßnahmen des Wirtschaftsministeriums sollten wirklich einmal zusammengefasst und neu strukturiert werden. Sie sollten genaue Zielvorgaben mit Begründung entwickeln. – Sie ist gekommen. Vielen Dank. – Frau Aigner, man kann feststellen, dass Sie sich tatsächlich im Wirrwarr der Förderprogramme komplett verzettelt haben.

(Staatsministerin Ilse Aigner: Nein! Nein!)

Sie haben den Überblick verloren.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Chefin kennt sich aus!)

Vielleicht liegt es daran, dass die Entscheidung für ein Förderprogramm anhand möglichst vieler Fototermine für die Staatsregierung getroffen wird. Dieses Gefühl hatten wir durchaus im Hohen Haus.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, diese Entwicklung hat eine ziemlich bedenkliche Ursache, die näher betrachtet werden muss. Wir haben Förderprogramme, bei denen man nicht genau weiß, was damit eigentlich gefördert werden soll. Außerdem wird bemängelt, dass das viele Geld nicht ausgegeben werden kann. Wir wissen doch alle, dass wir vor einer Reihe großer Herausforderungen stehen. Diese müssen wir gemeinsam anpacken. Dafür brauchen wir natürlich Förderprogramme und Anreizprogramme. Dafür müssen wir jedoch das Ziel klar definieren, und der Erfolg muss messbar sein. Das muss selbstverständlich sein. Zu der Auflage der Förderprogramme muss man feststellen, dass es der CSU-Regierung an einer klaren Vision für unser Land fehlt. Der CSU-Regierung fehlt es an Ideen, wie sie ein starkes Land weiterentwickeln will.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Das Ziel von Förderprogrammen, gerade im Wirtschaftsbereich, muss sein, aus Herausforderungen Chancen für unser Land zu machen. Hierzu fällt mir eine ganze Reihe ein. Ich möchte nur ein aktuelles Beispiel anführen. Erst am Wochenende wurde wieder groß gefordert, die Elektromobilität in Bayern voranzubringen. Wo gibt es denn ein vernünftiges Förderprogramm, um endlich die Ladeinfrastruktur von Lindau bis Hof, von Aschaffenburg bis Mittenwald voranzubringen? Es gibt ausreichend Betätigungsfelder, in denen wir die Dinge anpacken müssen. Ein anderer Bereich wäre der Kampf gegen die Erdüberhitzung. Bei den Themen Wärme, Strom oder Mobilität gibt es viel zu tun. Hier müssen wir einen Wettkampf der Ideen anheizen. Hier können wir doch etwas machen. Ich erwarte mir wirklich mehr von dieser Staatsregierung.

Ich möchte nun noch ein Thema ansprechen, das immer wieder diskutiert wird. Auf den ersten Blick sehe ich dieses Thema nicht so kritisch. Die Personalausgaben sind gestiegen. Natürlich ist auch die Beschäftigtenzahl um 1,7 % gestiegen. Das ist angesichts der Bevölkerungsentwicklung angemessen und richtig. Das ist keine Frage. Zuvor gab es ja die andere Debatte. Hierin sind wir uns einig. Ich möchte die Abgeordneten der CSU an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der gerade nicht anwesend ist, erinnern. In seiner Regierungserklärung Anfang der Legislaturperiode hat er klar gesagt, dass er keine neuen Stellen schaffen wolle. Das war seine Aussage, hier an diesem Platz. Er wolle keine neuen Stellen schaffen.

(Hans Herold (CSU): Wir wollen doch noch mehr Stellen!)

Der Bedarf war Ende 2013 jedoch schon bekannt. Ich denke hier nicht an die Stellen für die Unterbringungsverwaltung, sondern für die Schulen, die Polizei und die Finanzverwaltung. Erschreckend ist, dass der Rechnungshof erneut darauf hinweisen muss, dass trotz Stellenzuwachses dem Pensionsfonds nicht ausreichend Mittel zugeführt werden. Der ORH schreibt weiter, dass bis zum Jahr 2035 die Zahl der Pensionärinnen und Pensionäre deutlich ansteigen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich noch einen Blick auf die Landesbank, die BayernLB, werfen. Es ist festzustellen, dass dort etwas mehr Klarheit als in den vergangenen Jahren herrscht. Im Jahr 2014 wurde eine ganze Reihe von Altlasten abgebaut. Diese haben kurzfristig natürlich zu hohen Verlusten bei der BayernLB geführt. Der Vergleich mit Österreich im Jahr 2015 hat die Bank mehr als 1,3 Milliarden Euro gekostet. Mit der Rückzahlung von 1,23 Milliarden Euro aus den Zahlungen von Österreich liegen die Gesamtkosten für den Freistaat bis Ende 2016 immer noch bei 9,4 Milliarden Euro. Der größte Teil der Rückzahlung dieser Bank ging für die Zinsen drauf, die wir für die 10 Milliarden Euro Kredit bezahlen mussten. Wenn jetzt die letzte der 3 Milliarden Euro der stillen Einlagen an den Freistaat zurücküberwiesen werden, inklusive Zinsen – die sind natürlich positiv –, dann darf man nicht vergessen, dass die damals von uns geleistete Eigenkapitalhilfe in Höhe von 7 Milliarden Euro zuzüglich der Zinsen weiterhin bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Bayern hängen bleibt.

Kommen wir noch einmal kurz zurück zum Haushalt. Wir müssen feststellen – und das sagt auch der ORH, auch die SPD hat es schon angesprochen –, bei den Einzelbeanstandungen im Jahresbericht 2017 fallen 8 von 17 Prüfungsereignissen in die Zuständigkeit des Finanzministeriums. Nach dem Bericht der obersten Rechnungsprüfer ist damit das Finanzministerium das schlechteste in dieser Staatsregierung. Allein vier Prüfungsergebnisse beziehen sich auf den Bereich der Finanzverwaltung. Dazu kommen noch die Themen Versorgungsbezüge, Immobilien und – auch ein Bereich, auf den ich noch kurz eingehen möchte – die Olympiabewerbung 2018. Ich kann mich noch gut an unzählige Anfragen erinnern, in denen wir nachgefragt haben, wie die Kosten für diese Bewerbung zustande kommen. Es wurde immer gesagt: Die Bewerbung kostet den Steuerzahler kein Geld. Irgendwann hat man gesagt: Der Steuerzahler zahlt 20 %. Der ORH kommt zu einem ganz anderen Ergebnis, nämlich dass nur die Hälfte der Kosten durch Sponsorenmittel von Unternehmen gedeckt worden sind, die keine große Beteiligung der öffentlichen Hand haben, wie beispielsweise der Flughafen München, die Messe München, Lotto Bayern und so weiter. Ich sage deshalb: Sie haben das Ziel deutlich verfehlt.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen krassen Fall im ORH-Bericht hinweisen, und zwar auf die Kostensteigerung im Bereich des Umweltministeriums. Die Verantwortlichen dafür sind leider im Moment nicht im Hohen Hause anwesend. Es geht um die Kostensteigerung beim Bau des Hauses der Berge. Es ist schon extrem krass, wie hier sehr kreativ versucht wurde, die Gelder über andere Titel zu buchen, um die tatsächlichen Baukosten intransparent zu halten. Das vom Haushaltsausschuss genehmigte Budget wurde um 19,4 % überschritten. Hier von einem ordentlichen Vollzug zu reden, geht doch nun wirklich an der Sache vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insbesondere der Fall des Hauses der Berge und diese Uneinsichtigkeit aufseiten des Umweltministeriums sind unfassbar. Wir haben eine Reihe von Anfragen zum Haus der Berge gestellt. Dieses Vorgehen macht es wirklich unmöglich, dem Antrag auf Entlastung der Staatsregierung zuzustimmen. Dem Antrag auf Entlastung des Obersten Rechnungshofes stimmen wir selbstverständlich zu, und dies ist verbunden mit einem Dank für die Arbeit. Ich schließe meinen persönlichen Dank an; denn ich freue mich darüber, dass die Zahlen der Olympiabewerbung nun endlich schwarz auf weiß vorliegen. Darauf habe ich lange gewartet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bis vor Kurzem saß ich für die GRÜNEN im Haushaltsausschuss und hatte dort von Amts wegen das Vergnügen, jedes Jahr den Bericht des Rechnungshofes lesen zu können. Diesen Genuss konnte ich mir auch dieses Jahr nicht verkneifen. Ehrlich gesagt, war ich schon ein bisschen stolz; denn es gab einige Punkte, die ich gemeinsam mit den GRÜNEN – damals war es noch meine Fraktion – im Ausschuss immer und immer wieder zum Thema gemacht habe. Gut, dass Sie jetzt da

sind, Frau Wirtschaftsministerin Aigner. Das war zum Beispiel die Förderpolitik des Wirtschaftsministeriums. Wir haben in unserem Haushaltsentwurf etliche Projekte gestrichen, weil nicht klar war: Was ist das überhaupt? Warum wird gefördert? Gibt es eine Evaluierung? – Vielleicht glauben Sie es jetzt endlich; denn jetzt liegt das Ergebnis von einer unabhängigen Stelle schriftlich vor.

Was der Bayerische Oberste Rechnungshof beschrieben hat, ist keine zimmerliche Kritik, sondern das ist eine schallende Ohrfeige. Da steht wörtlich – ich zitiere –: "Der Einsatz staatlicher Haushaltsmittel ist wenig transparent: konkrete Ziele werden kaum definiert, Erfolgskontrollen nicht oder nur ansatzweise durchgeführt". In nackten Zahlen: Bei der Förderung von Projekten gab es nur in 22 % der Fälle eine Erfolgskontrolle. Bei einer institutionellen Förderung gab es die Kontrolle sogar nur bei 12%. Erfolgreiches Wirtschaften braucht aber Controlling. Hier ist aber absolute Fehlanzeige. Haushaltspolitik sieht ganz anders aus.

Im Jahresbericht wird auch massiv das EU-Programm LEADER kritisiert. Das gilt insbesondere für den Bau von Museen. Der Rechnungshof hat dieses Mal sehr plakative, wertende Überschriften gewählt. Beispielsweise: "Museen der geschlossenen Türen". Wenn man bei dem einen oder anderen Museum nämlich versucht, jemanden zu erreichen, dann muss man Geduld haben und öfter anrufen, bis jemand am Telefon ist. Ich glaube, das ist nun aber wirklich nicht der Sinn eines Museums.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, Sie bemühen doch immer so sehr den Spruch "Fördern und Fordern". Diese zwei Beispiele zeigen aber, dass Sie zwar wahn-sinnig gerne fördern, aber Sie schauen gar nicht hin, was Sie fördern. Außerdem ist hier kein bisschen Fordern gegeben.

Noch eine Randbemerkung. Die Vizepräsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs sitzt oben auf der Besuchertribüne.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist wahnsinnig viel Arbeit für den Rechnungshof. Auch CSU-Politiker und Politikerinnen sind der Auffassung, der Rechnungshof ist der Dienstleister des Landtags. Wenn der ORH aber schon der Dienstleister des Landtags ist, dann, so meine ich, muss die Arbeit auch gewürdigt werden. Ein Jahr seiner Arbeit darf nicht in zweieinhalb Stunden Ausschusssitzung abgehandelt werden. Früher gab es dafür zwei Arbeitstage im Ausschuss, jetzt sind es nur zweieinhalb Stunden. Vielleicht hat Vizepräsident Bocklet sich vorhin auch versprochen; denn er redete von 48 Stunden, die wir beraten, er meinte aber 48 Minuten.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Claudia Stamm (fraktionslos): Hier noch einmal ganz herzlich mein Dankeschön an den Rechnungshof.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Meine Zwischenbemerkung betrifft in der Tat das Thema Obersalzberg und die Finanzen beziehungsweise den sorgsamen Umgang mit den Haushaltsmitteln. Wir waren vor Ort und haben uns das angeschaut. Ich hatte nicht den Eindruck, dass diejenigen, die ein besonderes Interesse an diesem Projekt haben, dieses Projekt mit der notwendigen Seriosität und Ernsthaftigkeit behandelt hätten. Sie haben uns beispielsweise keine Antworten gegeben, und sie haben uns – das kann man eigentlich schon sagen – mit Unverschämtheiten bedient. So kam es, wie es kommen musste. Die Mehrheit in diesem Haus – wir nicht – hat gesagt: Wir geben dem Haus der Berge noch eine Chance, wir deckeln aber die Kosten. Damit ist die Obergrenze definiert. Leider Gottes ist diese Obergrenze aber schon wieder Makulatur; sechs Wochen später gibt es eine erneute Kostensteigerung in Millionenhöhe.

(Peter Winter (CSU): Es gibt aber auch Einsparungen!)

Claudia Stamm (fraktionslos): Es war sehr schwer, Herrn Kollegen Pohl angesichts der Geräuschkulisse in diesem Hohen Hause zu folgen – so viel als Randbemerkung. Es ist richtig, wir waren am Obersalzberg. Wir haben heftig diskutiert. Wir haben gesagt, es bleibt doch nicht bei diesen Kosten. Es gab auch immer wieder Sitzungen im Haushaltsausschuss. Da haben wir gesagt: Es gibt einen Kostendeckel. Die CSU-Fraktion hat ganz heftig erklärt: Wir werden diesen Kostenrahmen einhalten. – Dieser Kostenrahmen wurde aber erneut nicht eingehalten. Im Jahresbericht des ORH wird für das Haus der Berge eine Kostensteigerung von 19 % konstatiert. Da finde ich es schon sehr armselig, dass man nicht wenigstens beim nächsten Projekt mehr darauf achtet. Ich jedenfalls habe als Parlamentarierin ein anderes Verständnis davon, und das würde ich mir auch von Ihnen wünschen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als Nächster hat Herr Staatsminister Dr. Söder ums Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden alljährlich über diesen ORH-Bericht. Alljährlich stelle ich mir nach all den Redebeiträgen eine Frage. Wir haben so viele Bundesländer in Deutschland. Wir leben in einem vereinten Europa mit vielen tollen Ländern. Ich stelle mir in jedem dieser Länder eine Debatte und einen Bericht über den Haushalt vor. Ich stelle mir vor, was die Parlamentarier dort sagen würden, wenn sie nur annähernd die Zahlen hätten wie wir hier in Bayern. Es gäbe Standing Oventions in den Parlamenten für eine so erfolgreiche Haushaltspolitik, wie Bayern sie vorlegt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Herr Güller, das ist nicht etwa das Wälzen in Selbstlob. Manchmal wälzen Sie sich im Schlechtreden und hoffen, den bayerischen Bürgern zu suggerieren, Bayern sei ein schlechtes Land. Eines kann ich sagen, was vorhin schon angesprochen wurde: Wir haben doch auch innerhalb Deutschlands geradezu Fluchtbewegungen. Menschen verlassen Bundesländer, und sie verlassen in der Regel solche, in denen Rot oder

Grün regieren. Die Menschen wollen nach Bayern, weil sie hier eine bessere Zukunft, mehr Möglichkeiten und bessere Chancen für sich sehen.

(Beifall bei der CSU – Jutta Widmann (FREIE WÄHLER): Quatsch!)

Und warum bestehen die Chancen? – Der Haushalt ist dafür letztlich die Basis. Der Haushalt ist das Drehbuch für die Zukunft Bayerns. Deswegen ist es natürlich gut, dass uns der Oberste Rechnungshof immer wieder auf Fehler und auch darauf hinweist, was man besser machen kann. Meine Damen und Herren, bei einem Haushalt, der ein dickes Buch darstellt, bei einer großen Staatsverwaltung ist es doch selbstverständlich, dass bei den Beamten, die wir übrigens vorher sehr gelobt haben, nicht bei jeder Entscheidung immer alles perfekt läuft. Darum ist dem Bayerischen Obersten Rechnungshof auch immer wieder für seine kritische Würdigung zu danken. Ich sage auch: Vieles ist sehr wichtig, vieles teilen wir. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber eines sage ich auch, und das ist mir wichtig: Die Letztentscheidung über die Verwendung der Finanzen in Bayern muss immer der Landtag treffen; denn er muss dem Volk Rechenschaft ablegen, er steht gegenüber dem Volk in der Pflicht.

(Beifall bei der CSU)

Also zunächst einmal ein herzliches Dankeschön für die gute und für die in vielen Dingen sogar sehr gute Zusammenarbeit.

Der ORH bescheinigt der Staatsregierung natürlich eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Was sollte er anderes tun? Meine Damen und Herren, wir haben als Staat in allen Ratings Bestnoten bekommen. In der Tat zählt der Freistaat Bayern zu den stärksten und besten Regionen, die es in Europa gibt.

Seien wir doch einmal ganz ehrlich: Wir haben Deutschland als starkes Land. Deutschland ist in Europa die führende Wirtschaftsregion, und Deutschland kann anderen Ländern helfen. Wenn wir aber die Frage stellen, warum Deutschland so stark ist, dann nennen wir doch nicht andere Bundesländer in anderen Teilen Deutschlands,

sondern dann stellen wir fest, dass es eine finanziell starke Oase gibt: Das ist der Freistaat Bayern. Darum können wir sagen, Europa ist stark, weil es Deutschland gibt, und Deutschland ist stark, weil es die Bayern gibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich darf man Dinge kritisieren. Herr Hartmann hat gesagt, es fehle die Vision. – Es fehle die Vision? Wir denken über die Zukunft nicht nur des nächsten halben Jahres, sondern über die langfristige Zukunft nach. Man müsste nur gestern bei der Kabinettsitzung in Oberfranken dabei gewesen sein. Wir reden nicht nur darüber, wie man die Landeshauptstadt mit neuer Technologie, mit Digitalisierung, mit Stammstrecken oder auch mit Konzertsälen kulturell-dynamisch entwickeln kann, sondern wir reden auch darüber, wie man Bayern insgesamt als Flächenland definieren kann. Allein gestern haben wir wieder Entscheidungen für regionale Hochschulstrukturen getroffen. Unsere Investitionen sind kein verpulvertes Geld – im Gegenteil. Meine Damen und Herren, wir investieren in die geistige, die technische und die bauliche Infrastruktur. Warum? – Wir glauben, dass die Vitalität des Landes nicht nur in einer Stadt existieren muss, sondern in Gesamtbayern. Darum bedeutet eine hohe Investitionsquote auch Investitionen für den ländlichen Raum. Solche Investitionen tätigen wir wie kaum ein anderes Bundesland.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen keine Schulden. Wir bauen Schulden ab. Meine Damen und Herren, damit leisten wir einen substanziellen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Sie haben von der BayernLB gesprochen. Ich weiß durchaus anzuerkennen, dass in der Kritik auch die Bewertung der aktuellen Situation enthalten war. Das ist selbstverständlich. Meine Damen und Herren, ich meine aber, dass heute ein wichtiger Tag für Bayern ist. Oft haben wir hier im Parlament in extremer Krisenstimmung ganz realistisch darüber gesprochen, welche Folgen ein Scheitern der Restrukturierung und Neu-

organisation der BayernLB haben könnte. Als ich das Amt übernommen habe, wusste ich: Wenn das scheitert, wird es für Bayern eine ganz schwierige Situation werden. Wir standen vor der Frage, ob wir überhaupt die Genehmigung von der Europäischen Union bekommen. Das war nicht klar. Die WestLB ist zum Beispiel in den Tagen, in denen wir das endgültige Okay bekommen haben, mit zusätzlichen drohenden Milliarden Schäden in die Abwicklung gegangen. Wir standen außerdem vor der Frage, ob wir Stresstests bestehen würden oder irgendwann die Europäische Zentralbank verlangen würde: Ihr müsst nachlegen, weil ihr wirtschaftlich nicht erfolgreich seid.

Wir hatten gute Diskussionen im Haushaltsausschuss, an denen sich alle beteiligt haben. Hier ist Peter Winter ausdrücklich zu würdigen. Bei diesen Diskussionen hatten wir schwierige Entscheidungen bezüglich uns belastende Beteiligungen zu treffen: Ungarn, Rumänien, Bulgarien und nicht zuletzt Österreich. Bei jeder einzelnen Weggabe hätte man falsch abbiegen und dieses Land in weitere erhebliche Probleme bringen können. Ich sage es so: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbank, die Experten aus dem Haushaltsausschuss und wir im Finanzministerium haben es zusammen geschafft, einen Weg zu finden, dass heute, also zwei Jahre vorher, 5,5 Milliarden Euro zurückgezahlt werden konnten. Wir haben damit die Voraussetzungen zur Beendigung des Beihilfeverfahrens geschaffen. Die Bank ist kleiner, regionaler, sicherer und vor allen Dingen gewinnträchtiger geworden. Darum sage ich Ihnen: Das ist eine besondere Leistung, über die wir uns an diesem Tag schon freuen dürfen; denn damit ist Sicherheit für die Zukunft gewährleistet.

(Beifall bei der CSU)

Was heißt das alles für die Zukunft? – Jede einzelne Frage und Diskussion kann man so oder so sehen. Herr Güller, Sie haben natürlich noch einmal die Haushaltsverhandlungen aufgemacht. Das gehört eigentlich in die Haushaltsdebatte. Ich will das jetzt nicht alles würdigen. Jeder kann hier Vorschläge machen, aber eines sage ich Ihnen schon auch: Ich bin als Finanzminister nicht für jede Einzelinvestitionsentscheidung zuständig. Ich bin dafür verantwortlich, dass das Ganze zusammenhält. Ich habe ge-

sehen, welche Änderungsanträge es in der Haushaltsdebatte gab. Ich gebe zu, dass hier die GRÜNEN, vor allem Frau Stamm – Herr Hartmann, sie wird Ihnen mit ihrer Kompetenz fehlen –,

(Heiterkeit bei der CSU)

immer Deckungsvorschläge gemacht haben. Das waren für uns aber die falschen Deckungsvorschläge. Die hätten dazu geführt, dass das Land abstirbt.

Herr Pohl, ich muss leider sagen: SPD und FREIE WÄHLER hatten immer Vorschläge mit immensen neuen Schulden. In einem Land mit Rekordsteuereinnahmen kann man doch nicht ernsthaft Haushaltsdebatten führen, an deren Ende neue Schulden herauskommen. Ich finde das geradezu absurd. Ein Staat muss lernen, mit dem Geld, das er hat, auszukommen. Er darf nicht immer neue Schulden machen oder gar die Steuern erhöhen.

(Beifall bei der CSU)

Keine Frage, wir wollen es jedes Jahr besser machen. Ich würde mir wünschen, dass der ORH irgendwann einmal nur eine Seite abgibt, auf der steht: Alles super und perfekt. Ich befürchte allerdings, das wird nicht so sein. Man würde damit ja auch ein bisschen seine eigene Rechtfertigung aufgeben, und außerdem passieren ja doch immer wieder mal Fehler. Insofern danke ich für den Hinweis auf die Fehler. Ich danke auch für das Engagement, alle Fehler abzustellen. Die Entlastung für den ORH tragen wir natürlich mit.

Ich mache jetzt ich einen Vergleich, von dem immer gesagt wird, dass man ihn nicht machen dürfe; der Vergleich muss aber zulässig sein, weil er die Größenordnung beschreibt. In anderen Ländern wird von allen munter entlastet, und hier stellt sich einer hin und sagt, er könne niemals in der Lage sein, einen solchen Haushalt, eine solche Haushaltsführung zu entlasten. Da muss ich ehrlich sagen: Mein Eindruck ist, dass die Mehrheit der Bayern zwar nicht begeistert ist, aber doch findet, dass die Entwicklung

des Freistaats in guten Bahnen verläuft. Gerade die Haushaltspolitik ist die Basis und ist die Mutter aller Entwicklungen. Deswegen empfinde ich die Empfehlung des Kollegen Hans Herold, für dessen Beitrag ich mich bedanke, heute Entlastung zu erteilen, als den richtigen Weg. Meine Damen und Herren, die Entlastung ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch im nächsten Jahr wieder durchstarten können.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Das ist der Antrag betreffend die Entlastung der Staatsregierung. Der Abstimmung liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/17208 zugrunde. Ich gehe davon aus, dass über die einzelnen Nummern getrennt abgestimmt werden soll.

Nach der Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2015 und des Jahresberichts 2017 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2015 Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollegin Claudia Stamm. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist das so beschlossen.

Nach der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Artikel 114 Absätze 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend der Nummer 2 Buch-

staben a bis n eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und hierzu dem Landtag zu berichten. Im Einzelnen verweise ich dazu auf die Drucksache 17/17208.

Ich lasse zunächst über die Nummer 2, Buchstaben g, i und k mit m, zu denen kein einstimmiges Ausschussvotum vorliegt, einzeln abstimmen.

Wer der Nummer 2, Buchstabe g zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Wer der Nummer 2, Buchstabe i zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Wer der Nummer 2, Buchstabe k zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Wer der Nummer 2, Buchstabe l zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Die SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der FREIEN WÄHLER ist es so beschlossen.

Wer der Nummer 2, Buchstabe m zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Nun lasse ich gemeinsam über die einstimmig beschlossenen Buchstaben a mit f, h, j und n der Nummer 2 abstimmen. Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte jetzt um sein Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Finanzhaushalt und Finanzfragen ist damit in allen Punkten zugestimmt worden.

Nach der Nummer 3 der Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen dem Landtag, gemäß Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung festzustellen, dass der für Neubau und Ausstattung des "Hauses der Berge" geltende Kostendeckel nicht eingehalten wurde. Wer der Nummer 3 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Nummer 3 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses ebenfalls zugestimmt worden.

Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2015 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Nun lasse ich über den Tagesordnungspunkt 5, die Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, abstimmen. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/17155 soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof für das Haushaltsjahr 2015 die Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und

Claudia Stamm. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist es so beschlossen. Dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ist gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung ebenfalls die Entlastung erteilt.

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 sind damit erledigt.